

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	LIII
Abkürzungsverzeichnis	LV
A. Grundlagen des Unterhaltsrechts	1
B. Der Unterhalt für minderjährige sowie volljährige Kinder	7
C. Anspruch auf Familienunterhalt sowie Trennungunterhalt ..	143
D. Der Unterhalt für die Zeit nach Scheidung der Ehe	175
E. Unterhalt im Zusammenhang mit der Aufhebung der Ehe ...	303
F. Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	311
G. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit nach § 1578b BGB	409
H. Unterhaltsrechtliche Härteklausele des § 1579 BGB	457
I. Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners, Rangfolge	533
J. Anspruch auf Elternunterhalt	607
K. Der Unterhalt von Mutter und Vater aus Anlass der Geburt ..	627
L. Weitere Regelungsbereiche des nachehelichen Unterhalts	651
M. Umfang der Auskunft- und Belegpflicht im Unterhalt	669
N. Ausgewählte Regelungsbereiche zur Bestimmung des unterhaltsrelevanten Einkommens	691
O. Vereinbarungen im Unterhaltsrecht – Überblick	701
Stichwortverzeichnis	721

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	LIII
Abkürzungsverzeichnis	LV
A. Grundlagen des Unterhaltsrechts	1
I. Regelungsbereich des Unterhaltsrechts	1
II. Grundlegende Begriffe des Unterhaltsrechts	1
III. Gesetzliche Vorschriften des Unterhaltsrechts sowie vertragliche Regelungen zum Unterhalt	3
IV. Grundlegende Änderung des nachehelichen Unterhalt durch 1. EheRG	4
V. Weitere Entwicklungen des Unterhaltsrechts	5
VI. Änderungen des Kindesunterhaltsrechts	5
B. Der Unterhalt für minderjährige sowie volljährige Kinder ..	7
I. Grundlagen des Kindesunterhalts	7
1. Rechtsgrund der Unterhaltspflicht aus Verwandtschaft	7
2. Reichweite des gesetzlich geregelten Kindesunterhalts ..	7
a) Ableitung des Unterhaltsanspruchs aus Eltern-Kind-Verhältnis	7
b) Begründung des Unterhaltsverhältnisses	8
c) Unterhaltspflicht aufgrund vertraglicher Grundlage	9
3. Art der Unterhaltsgewährung	9
a) Inhalt der gesetzlichen Vorschriften zum Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt	9
b) Inhalt der Unterhaltsgewährung nach § 1612 BGB	10
aa) Grundsatz	10
bb) Gewährung einer kostenfreien Wohnung durch Unterhaltspflichtigen als Unterhaltsgewährung in anderer Art	11
c) Bestimmungsrecht für minderjährige und volljährige Kinder	12

d)	Wirksamkeitsprüfung der Unterhaltsbestimmung	13
e)	Verfahren zur Prüfung der Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung	13
f)	Rücksichtnahme auf die Belange des Kindes als Voraussetzung	14
g)	Unwirksamkeitsgründe	15
h)	Restanspruch	16
4.	Der Unterhaltsanspruch eines Kindes als Teil des Familienunterhalts nach § 1360 BGB	16
5.	Kindesunterhalt ab Volljährigkeit	17
a)	Fortbestehende Identität über 18. Lebensjahr hinaus	17
b)	Verfahrensfolgen der fortbestehenden Identität ..	18
c)	Abänderung eines bestehenden Titels des bisher allein barunterhaltspflichtigen Elternteils nach Eintritt der Volljährigkeit	19
6.	Sachliche Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs ..	20
a)	Bedarf, Bedürftigkeit, Leistungsfähigkeit	20
b)	Gesteigerte Unterhaltspflicht, Rangfolge, Sonderbedarf	20
c)	Verjährung des Kindesunterhalts, Sonderfall bei Legalzession	21
7.	Bedarf minderjähriger und volljähriger Kinder	21
a)	Der Begriff der Lebensstellung des Kindes	21
b)	Selbständige Lebensstellung volljähriger Kinder, studierende Kinder	22
aa)	Bedarf bei verselbständigter Lebensstellung ..	22
bb)	Unterhaltspflicht bei geistiger oder körperlicher Behinderung des Kindes; Berücksichtigung bedürftigkeitsabhängiger Sozialleistungen	23
cc)	Bedarf eines studierenden Kindes	24
c)	Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts ..	25
d)	Statischer und dynamischer Individualunterhalt nach § 1612a Abs. 1 BGB	25
e)	Begriff des Mindestunterhalts nach § 1612a Abs. 1 BGB	26
f)	§ 1612a Abs. 1 BGB als gesetzlich geregelte Bezugsgröße	27
g)	Mindestunterhalt der vierten Altersstufe	27
h)	Funktion des Mindestunterhalts als Beweislastregel	28

i)	Mindestunterhalt bei Einkommen des nicht barunterhaltspflichtigen Elternteils	29
j)	Methode der Bestimmung der Prozentsätze zur Dynamisierung des Unterhalts	30
k)	Beschlussformel bei dynamischem Unterhaltstitel, Begrenzung im Vereinfachten Verfahren nach §§ 249 ff. FamFG	31
l)	Mehr- sowie Sonderbedarf eines Kindes	32
aa)	Abgrenzung zum laufenden Unterhalt, Krankenversicherung	32
bb)	Abgrenzung eines Mehrbedarfs von einem der Düsseldorfer Tabelle zugrunde liegenden Bedarf	33
cc)	Aufwendungen für die Krankenversicherung eines Kindes als Mehrbedarf	34
dd)	Unregelmäßiger und außergewöhnlich hoher Bedarf	34
ee)	Einzelfälle	35
8.	Bestimmung des Bedarfs des Kindes bei gehobenen Einkommensverhältnissen	37
II.	Leistungsfähigkeit bei Unterhaltspflicht gegenüber minderjährigen sowie volljährigen Kindern	39
1.	Grundlagen; maßgebliche Kriterien	39
2.	Selbstbehalt bei minderjährigen und volljährigen Kindern	40
3.	Verdrängung des Selbstbehalts bei sogenannten Hausmannfällen durch Familienunterhalt	41
4.	Bemessung des notwendigen Selbstbehalts bei günstigem Lebensaufwand durch Partnerschaft	41
5.	Erhöhung der Selbstbehaltssätze wegen zwangsläufiger Belastungen	42
6.	Der Begriff der gesteigerten Einstandspflicht der Eltern nach § 1603 Abs. 2 S. 1, 2 BGB bei fehlender oder begrenzter Leistungsfähigkeit	43
7.	Die Feststellung der Leistungsfähigkeit auf der Grundlage des Einkommens des Unterhaltspflichtigen	43
a)	Einkommen als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit	43
b)	Wechsel des Arbeitsplatzes	44
c)	Keine Einkommensfiktion bei unfreiwilligem Verlust des Arbeitsplatzes	46
d)	Selbstverschuldete Leistungsunfähigkeit durch Aufgabe des Arbeitsplatzes	46

e)	Aufgabe eines Arbeitsplatzes zur Aufnahme einer Ausbildung bzw. Weiterbildungsmaßnahme . . .	47
f)	Erwerbsobliegenheit bei Verlust des Arbeitsplatzes, Erhebung einer Kündigungsschutzklage	48
g)	Zurechnung des früheren Einkommens, Bindung an Verletzung der Obliegenheit	49
h)	Einkommensfiktion bei nicht hinreichenden Einkünften, Umfang einer Nebentätigkeit; Höhe des fingierten Einkommens	50
i)	Arbeitsrechtliches Verbot zur Aufnahme einer Nebenerwerbstätigkeit	51
j)	Pflicht zur Aufgabe einer selbständigen Erwerbstätigkeit bei nachhaltiger Ertragslosigkeit	51
k)	Kürzung berufsbedingter Aufwendungen bei beschränkter Leistungsfähigkeit, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle einer PKW-Nutzung	52
l)	Leistungsfähigkeit nach § 1603 Abs. 1, 2 BGB bei Verbüßung einer Straftat	52
m)	Geringe Einkünfte des barunterhaltspflichtigen Elternteils, Leistungsfähigkeit bei bestehendem Familienunterhalt sowie Bezug von Elterngeld . .	53
n)	Gesteigerte Unterhaltspflicht und doppelte Bezugsdauer von Elterngeldleistungen	54
o)	Umfang der Erwerbsobliegenheit bei Hausfrau/-mann-Rolle	54
p)	Einsatz einer arbeitsrechtlichen Abfindung bei fehlender Leistungsfähigkeit	57
q)	Leistungsfähigkeit und Nutzungsvorteile aus einem Eigenheim; Berücksichtigung von Verbindlichkeiten	60
	aa) Grundlagen	60
	bb) Bestimmung der Leistungsfähigkeit im Kindesunterhalt	60
	cc) Berücksichtigung von Tilgungsleistungen bei Wohnimmobilie im Kindesunterhalt . .	61
r)	Verwertung des Vermögensstammes	62
s)	Grundlagen der Darlegungs- und Beweislast bei beschränkter bzw. fehlender Leistungsfähigkeit . .	64
8.	Verbindlichkeiten und Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners, Antrag auf Verbraucherinsolvenz	65

	a)	Grundlagen zur Berücksichtigung von Verbindlichkeiten beim Kindesunterhalt	65
	b)	Obliegenheit zur Stellung eines Verbraucherinsolvenzantrags	66
	c)	Verfahrensrechtliche Folgen einer Verbraucherinsolvenz im laufenden Unterhaltsverfahren	67
III.		Bedeutung des staatlichen Kindergeldes bei der Bemessung des Unterhaltsanspruchs	68
	1.	Grundlagen	68
		a) Anspruchsberechtigung	68
		b) Zeitliche Begrenzung des Kindergeldes	69
		c) Verdrängung des Kindergeldes durch andere Leistungen	69
		d) Keine Berücksichtigung des Kinderzuschlags nach § 6a BKG im Unterhalt	70
	2.	Kindergeldausgleich nach § 1612b BGB	70
		a) Deckung des Barbedarfs durch Kindergeld	70
		b) Prinzip des Kindergeldausgleichs	71
		c) Volljähriges Kind außerhalb des Haushalts	72
		d) Kindergeldverrechnung im Mangelfall	73
		e) Bedarfsdeckende Wirkung bei volljährigen Kindern	74
		f) Auswirkungen bei Zusammentreffen minderjähriger sowie volljähriger privilegierter Kinder	74
		g) Kindergeldersatzleistungen nach § 1612c BGB	75
		h) Bedarf und Kindergeldverrechnung bei auswärtig untergebrachtem Kind	75
	3.	Behandlung des Kindergelds bei einem im Ausland lebenden Unterhaltspflichtigen	76
IV.		Anteilige Haftung bei Zusammentreffen eines privilegierten volljährigen Kindes und eines minderjährigen Kindes	77
	1.	Grundsatz bei Zusammentreffen minderjähriger und volljähriger Kinder	77
	2.	Folgen der Gleichstellung bei Anteilsberechnung	77
	3.	Alleinhaftung eines Elternteils im Fall der Anteilshaftung nach § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB	80
		a) Grundsatz	80
		b) Fingiertes Einkommen eines Elternteils	81
V.		Beschränkte gesteigerte Einstandspflicht bei Vorliegen eines anderen leistungsfähigen Verwandten, § 1603 Abs. 2 S. 3 BGB	82

1.	Begriff eines anderen leistungsfähigen Verwandten . . .	82
2.	Voraussetzungen der Ersatzhaftung des betreuenden Elternteils	83
3.	Erfassung der Naturalunterhaltsleistungen des betreuenden Elternteils	85
4.	Auswirkungen der Naturalunterhaltspflicht bei besonderen Ausnahmefällen	86
VI.	Ersatzhaftung des anderen Elternteils und nachrangiger Verwandter bei leistungsunfähigem Elternteil; gesetzlicher Forderungsübergang nach § 1607 BGB	87
1.	Gesetzlich bestimmte Reihenfolge der Haftung . . .	87
2.	Grundlagen der Ersatzhaftung beim Kindesunterhalt gemäß § 1607 Abs. 1, 2 BGB	88
a)	Originäre Haftung nach § 1607 Abs. 1 BGB . . .	88
b)	Subsidiäre Haftung nachrangiger Unterhaltspflichtiger, Rechtsübergang	90
c)	Keine Geltendmachung zum Nachteil des Unterhaltsberechtigten, 1607 Abs. 4 BGB	91
3.	Forderungsübergang bei Unterhaltsleistungen eines nicht unterhaltspflichtigen Dritten, § 1607 Abs. 3 BGB	92
a)	Normzweck	92
b)	Regress des Scheinvaters	92
VII.	Wechselmodell im Kindesunterhalt	94
1.	Grundlegende Problematik in Bezug auf bisherige BGH-Rechtsprechung	94
2.	Voraussetzungen eines symmetrischen Wechselmodells nach BGH	94
3.	Rechengang nach BGH, Zuordnung Kindergeld . . .	95
4.	Erleichterte Vertretungsbefugnis – Änderung der BGH-Rechtsprechung	98
5.	Unterhaltszahlungen im symmetrischen Wechselmodell	99
6.	Wechselmodell bei abweichender Betreuungsquote – asymmetrisches Wechselmodell	101
a)	Grundlagen	101
b)	Modell nach dem Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz	102
c)	Berechnungsmodell	103
d)	Bewertung und Kritik	104
7.	Zuordnung des Kindergeldbezugs im Wechselmodell. .	106
8.	Erwerbsobliegenheit bei bestehendem Wechselmodell . .	106
VIII.	Unterhalt wegen Ausbildung	107

	1. Rechtliche Grundlagen	107
	2. Unterscheidung zwischen dem Anspruch auf eine erstmalige Ausbildung und eine Zweitausbildung . . .	108
	3. Voraussetzungen des Anspruchs auf eine angemessene Erstausbildung	108
	4. Schwangerschaft der Auszubildenden	112
	5. Anspruch auf Zweitausbildung, Abitur-Lehre- Studium-Fälle	113
IX.	Beschränkung oder Wegfall des Unterhaltsanspruchs (Härteklausel)	115
	1. Negative Billigkeitsklausel, Abgrenzung zu § 1618a BGB	115
	2. Voraussetzungen der Anwendung der Härtefallklausel . .	116
	3. Begriff des sittliches Verschuldens	116
	4. Gröbliche Vernachlässigung der eigenen Unterhaltspflicht	117
	5. Vorsätzliche schwere Verfehlung	118
	6. Kontaktverweigerung, Kränkung	119
	7. Wirkung für die Zukunft, Verzeihung	120
	8. Rechtsfolgen	120
	9. Keine Anwendung bei minderjährigen Kindern	121
	10. Kein Rückgriff auf Mit- oder Ersatzverpflichtete, Ausnahme bei anteiliger Haftung	121
	11. Durchsetzung eines Auskunftsanspruch nach § 1605 BGB, Verhältnis zu § 117 SGB XII . . .	122
X.	Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	123
	1. Grundlagen	123
	2. Rückwirkende Sperre bei bestehendem Endbeschluss . .	124
	3. Höhe des Anspruchs	125
	4. Konkurrenz des Ausgleichsanspruchs zum verbleibenden Unterhaltsanspruchs des Kindes	125
	5. Verhältnis zum Abänderungsverfahren nach § 239 FamFG – Geltendmachung im Unterhaltsverfahren	126
	a) Abänderungsverfahren als Sperre	126
	b) Reichweite der Entscheidung des BGH	127
	c) Geltendmachung des Anspruchs in einem neuen Verfahren oder Antragsänderung durch bisher vertretungsbefugten Elternteil	127
	6. Weitere Voraussetzungen zur Durchsetzung des Ausgleichsanspruchs	128
XI.	Die Durchsetzung rückständiger Unterhaltsansprüche im Kindesunterhalt	128

1.	Grundlagen, Verzug ohne Mahnung	128
2.	Verzugswirkung bei hoher Mahnung	129
3.	Stufenmahnung, Stufenantrag	129
a)	Verfahrensmäßige Auswirkungen	129
b)	Durchsetzungsprobleme bei rückwirkender Erhöhung des bezifferten Unterhalts	130
4.	Umfang der Warnfunktion einer Stufenmahnung, Mehrbedarf des Kindes, Bedarf des Elternteils	131
5.	Unterhalt für die Vergangenheit; Billigkeitsprüfung bei hohen Nachforderungen, § 1613 Abs. 3 BGB	133
6.	Verzugszinsen bei Verbindlichkeiten aus Unterhalt	134
XII.	Besondere Verfahrensfragen im Bereich des Kindesunterhalts	134
1.	Änderung der Düsseldorfer Tabelle als Abänderungsgrund i.S.d. § 238 Abs. 1, 4 FamFG	134
2.	Abänderungsantrag eines volljährigen Kindes gegen einen vor dem 18. Lebensjahr errichteten Unterhaltstitel	135
3.	Anspruch auf unbefristeten Unterhaltstitel über Eintritt der Volljährigkeit hinaus	138
4.	Abänderungsverfahren bei Unterhaltstitel des Elternteils in Verfahrensstandschaft nach § 1629 Abs. 3 S. 1 BGB	139
5.	Beendigung der gesetzlichen Verfahrensstandschaft nach § 1629 Abs. 3 BGB mit Eintritt der Volljährigkeit sowie im Fall der Rechtskraft der Scheidung	141
6.	Unzulässigkeit der Rückübertragung übergegangener Unterhaltsansprüche	141
7.	Konkurrenz von Beistandschaft des Jugendamts und Verfahrensstandschaft eines Elternteils	142
C.	Anspruch auf Familienunterhalt sowie Trennungsunterhalt	143
I.	Grundsätze des Ehegattenunterhalts	143
II.	Familienunterhalt nach §§ 1360, 1360a BGB	144
1.	Grundlagen	144
2.	Abgrenzung zum Trennungsunterhalt nach § 1361 BGB, stationäre Pflege	144
3.	Familienunterhalt und Kindesunterhalt	145
4.	Wirtschaftsgeld, Anspruch auf angemessene Teilhabe bei beiderseitigen Einkünften	146
a)	Sicherstellung des Wirtschaftsgelds	146
b)	Zweckbindung; Pfändbarkeit, Rücklagen für Anschaffungen	147

c)	Auswirkungen unterschiedlicher Beiträge zum Familienunterhalt	148
5.	Finanzierung der Ausbildung durch einen Ehegatten ..	148
6.	Taschengeld	148
a)	Anspruchsgrund, Höhe	148
b)	Obliegenheit zum Einsatz für Anspruch auf Barunterhalt eines Unterhaltsberechtigten	149
7.	Fehlende Identität zwischen Familienunterhalt und dem Trennungsunterhalt, verfahrensrechtliche Folgen ..	150
8.	Fragen zum Kostenvorschuss und zur Verfahrenskostenhilfe	151
a)	Grundlagen	151
b)	Begriff der persönlichen Angelegenheit	151
c)	Prüfung der Billigkeit	153
d)	Reichweite des Kostenvorschusses	153
e)	Verhältnis zur Verfahrenskostenhilfe	154
f)	Verfahrenskostenvorschuss für minderjährige und volljährige Kinder	154
g)	Rückforderung eines Kostenvorschusses, Kostenquotelung	155
h)	Kein Kostenvorschuss zwischen geschiedenen Ehegatten sowie Betreuungsunterhalt nach 1615I BGB	155
i)	Verfahrenskostenhilfe und Verfahrensstandschaft eines Elternteils	156
j)	Aussicht auf Erfolg, Berechnung des Kostenvorschusses	156
III.	Grundlagen des Anspruchs nach § 1361 BGB	157
1.	Begriff des Getrenntlebens	157
2.	Regelungszweck des Getrenntlebensunterhalts	158
3.	Keine Begrenzung bzw. Befristung des Trennungsunterhalts nach § 1578b BGB	158
4.	Begriff der persönlichen Verhältnisse, Erwerbsobliegenheit, Zeitpunkt der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit	159
a)	Umfang der Erwerbsobliegenheit	159
b)	Zeitpunkt der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ..	159
c)	Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit	161
d)	Erwerbsobliegenheit bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen ...	161
e)	Lange Trennungszeit, wirtschaftliche Verselbständigung	162

f) Weitere Abwägungskriterien zur Prüfung eines Anspruchs	162
5. Beweislast	163
6. Beschränkte Dispositionsbefugnis; Unzulässigkeit des Verzichts auf Trennungsunterhalt	164
7. Mahnung und Verzug	165
a) Keine Wirkung für nahehelichen Unterhalt . . .	165
b) Kein Wegfall des Schuldnerverzugs	166
8. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit, Pflegebedürftig- keit sowie den Fall des Alters und Invaldität	166
9. Exakter Zeitpunkt der Beendigung des Trennungsunterhalts	167
10. Erlöschen des Anspruchs bei Rechtskraft des Scheidung sowie Versöhnung, Wegfall einer Titulierung	167
11. Verwirkung des Trennungsunterhalts bei längerer Nichtgeltendmachung	168
a) Verwirkung nur hinsichtlich rückständigen Unterhalts	168
b) Begriff des Umstandsmoments	169
c) Verwirkung bei geltend gemachtem Teilbetrag . .	172
d) Begriff des Rechtsverfolgungswillens	172
e) Ausdehnung auf titulierte Unterhaltsansprüche . .	172
f) Verwirkung bei verzögerter Vaterschaftsfeststellung	173
D. Der Unterhalt für die Zeit nach Scheidung der Ehe	175
I. Anspruch auf Unterhalt für die Zeit nach Scheidung der Ehe	175
1. Rechtspolitische Grundlagen des nachehelichen Unterhalts	175
2. Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit	176
3. Ehebezogene Unterhaltsbedürftigkeit, Rechtsnatur des Anspruchs	177
4. Überblick über die einzelnen Tatbestände	177
a) Keine Generalklausel	177
b) Selbständige Unterhaltstatbestände	178
II. Der Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB	179
1. Grundlagen des Betreuungsunterhalts	179
2. Neufassung des § 1570 BGB durch das UÄndG 2007, Angleichung mit dem Betreuungsunterhalt nach § 1615l Abs. 2 S. 2, 3 BGB	180
a) Grundlagen	180
b) Struktur des Tatbestands	181

3.	Der Begriff eines gemeinschaftlichen Kindes	183
	a) Abgrenzungen	183
	b) Scheineheliche Kinder	184
	c) Adoptierte Kinder, Pflegekinder	185
	d) Künstliche Befruchtung	185
4.	Begriff der Pflege und Erziehung	186
	a) Begriff, unterschiedliche Sachlagen	186
	b) Gemeinsame elterliche Sorge, Wechselmodell . .	186
	c) Rechtmäßige Betreuung	188
5.	Weitere Tatbestandselemente	188
	a) Einsatzzeitunabhängiger Anspruch	188
	b) Erwerbstätigkeit vor Vollendung des dritten Lebensjahrs	189
	aa) Zeitliche Festlegung der Betreuung	189
	bb) Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als überobligationsmäßige Tätigkeit	189
	cc) Erwerbsobliegenheit bei mangelnder Leistungsfähigkeit	190
	c) Ausweitung der Betreuung über drittes Lebensjahr hinaus	191
	d) Weitere Klarstellungen durch die Rechtsprechung des BGH	193
	e) Erwerbsobliegenheit im Mangelfall	195
	f) Betreuung mehrerer Kinder im Alter über drei Jahren	195
	g) Bedarfsbestimmung bei Erwerbstätigkeit ab dem dritten Lebensjahr	196
6.	Verhältnis des Betreuungsunterhalts nach § 1570 BGB zu § 1573 Abs. 1, 2 BGB	197
7.	Der Betreuungsunterhalt aus elternbezogenen Gründen gemäß § 1570 Abs. 2 BGB	199
	a) Systematisches Verhältnis des § 1570 Abs. 2 BGB zum Betreuungsunterhalt nach Abs. 1	199
	b) Anwendungsbereich als Annexatbestand	199
	c) Dauer des Anspruchs	201
	d) Sachverhalte zur Billigkeitsabwägung gemäß § 1570 Abs. 2 BGB	201
	e) Verhältnis des § 1570 Abs. 2 BGB zu § 1578b BGB und Zuordnung zu § 1609 BGB . . .	202
8.	Darlegungs- und Beweislast bei Geltendmachung des Betreuungsunterhalts	203
	a) Allgemeine Grundlagen	203
	b) Beweislast im Abänderungsverfahren	204

9.	Befristung sowie Begrenzung des Unterhalts Betreuungsunterhalts	205
	a) Zeitliche Befristung vor Erreichen des 3. Lebensjahres des Kindes	205
	b) Befristung bei kindbezogenen Gründen nach Vollendung des 3. Lebensjahres	206
	c) Befristung bei Härtegrund	206
	d) Befristung bei elternbezogenen Gründen	207
	e) Verfahrensbezogene Folgen bei Befristung des Unterhalts	207
	f) Begrenzung des Betreuungsunterhalts der Höhe nach	208
10.	Anerkennung eines Betreuungsbonus	208
11.	Kosten der Betreuung als berufsbedingter Aufwand oder als Mehrbedarf des Kindes	209
12.	Freiwillige Betreuungsleistungen eines Dritten	211
13.	Privilegierte Bedeutung der Betreuung eines Kindes im System des Trennungs- und nachehelichen Unterhalts	211
14.	Bestimmung des Unterhalts bei der Betreuung eines ehelichen sowie aus einer anderen Verbindung stammenden Kindes	212
	a) Grundlagen der Bedarfsbestimmung	212
	b) Bestimmung des anteiligen Haftung	213
	c) Änderung der Unterhaltslast bei Konkurrenz der Betreuungstatbestände	213
	d) Höhe des Unterhaltsanspruchs	214
15.	Beendigung der Betreuung, Anschlussunterhalt, Wiederaufleben des Anspruchs	215
III.	Der Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	216
	1. Regelungsgrund	216
	2. Keine ehebedingte Bedürftigkeit	217
	3. Altersbedingter Mehrbedarf	218
	4. Keine feste Altersgrenze im Unterhaltsrecht	218
	5. Erwerbsobliegenheit und flexible Altersgrenzen, Abgrenzung zum Unterhalt wegen Krankheit	219
	a) Keine Erwerbsobliegenheit über feste Altersgrenze	219
	b) Erwerbsobliegenheit bei flexibler Altersgrenze	219
	6. Obliegenheit zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit bis zur festen Altersgrenze	220
	a) Gleiche Anforderungen an Mann und Frau	220
	b) Beendigung der Erwerbstätigkeit vor Erreichen der festen Altersgrenze	221

c)	Gesundheitsbedingter vorzeitiger Versorgungsbezug	221
d)	Bezug einer Rente wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung	221
e)	Berücksichtigung eines Versorgungsabschlags aufgrund vorzeitigen Rentenbezugs	222
f)	Besondere Berufsgruppen, Bezug einer Teilrente . .	223
g)	Selbständige	224
h)	Überobligationsmäßige Einkünfte	225
7.	Abgrenzung zu § 1573 Abs. 1 BGB	225
8.	Altersunterhalt und Teilzeitbeschäftigung	226
9.	Vorruhestand, Abfindung, Altersteilzeit, Renteneinkünfte	226
10.	Wegfall des Vorsorgeunterhalts, Kranken- und Pflegeversicherung	226
a)	Vorsorgeunterhalt	226
b)	Kranken- und Pflegeversicherung	227
11.	Anrechnen der eigenen Rente, Verhältnis zu anderen Tatbeständen	228
12.	Herabsetzung sowie Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b BGB	229
a)	Anwendung beim Anspruch auf Unterhalt wegen Alters	229
b)	Regelfall des Nachteilsausgleichs	230
IV.	Unterhalt wegen Krankheit oder anderer Gebrechen oder Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte nach § 1572 BGB	231
1.	Anspruchsinhalt und Umfang	231
2.	Begriff der Krankheit oder anderer Gebrechen oder Schwäche	232
a)	Sozialversicherungsrechtliche Grundlagen	232
b)	Gebrechen und Schwäche	232
c)	Vorübergehende Erkrankung	232
3.	Keine kausale Abhängigkeit von Wirkungen der Ehe, Verschweigen bei Eheschließung	233
4.	Sonderfälle	234
a)	Alkohol-, Tabletten- oder Drogenabhängigkeit . . .	234
b)	Psychisches Fehlverhalten, Neurosen	234
5.	Obliegenheit zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, Beweislast	235
6.	Eingeschränkte Erwerbsfähigkeit, gesteigerte Obliegenheit, Darlegungs- und Beweislast	236
7.	Krankheit zu bestimmten Einsatzzeitpunkten	237

a)	Gesetzliche Regelung	237
b)	Latente Erkrankung zum Einsatzzeitpunkt, Leistungsunfähigkeit des Unterhaltspflichtigen . . .	237
c)	Krankheit bei Beendigung der Betreuung eines Kindes	238
8.	Bezug von teilweiser oder voller Erwerbsminderungsrente, Rentenanspruch	239
9.	Anforderungen an Darlegungs- und Beweislast	239
10.	Auskunftsanspruch zum Gesundheitszustand	240
11.	Befristung sowie Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b Abs. 1 bis 3 BGB	241
V.	Unterhalt bis zur Erlangung einer angemessenen Erwerbstätigkeit, § 1573 Abs. 1 BGB	243
1.	Grundlagen sowie Voraussetzungen des Tatbestands . . .	243
2.	Subsidiärer Anspruch	244
3.	Zeitlicher Bereich der aufzunehmenden Bemühungen, Nachweis	245
a)	Anforderungen an Bemühungen	245
b)	Auswirkungen der Erwerbsobliegenheit gemäß § 1361 BGB	246
c)	Anforderungen zum Umfang der Bemühungen zur Erlangung einer Erwerbstätigkeit	246
d)	Örtlicher Bereich, Ernsthaftigkeit der Bewerbung, Nachweis	247
4.	Objektive Beschäftigungschance	249
5.	Unterhalt während der Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung	250
6.	Darlegungs- und Beweislast, Auskunftsanspruch . . .	251
a)	Anforderungen	251
b)	Auskunftsanspruch zum Umfang der Erwerbsbemühungen	251
c)	Beweislastrisiko bei § 1573 Abs. 1 BGB	252
7.	Der Begriff einer angemessenen Erwerbstätigkeit i.S.d. §§ 1573 Abs. 1, 1574 Abs. 1, 2 BGB	252
a)	Regelungszweck	252
b)	Angemessenheitsprüfung nach § 1574 Abs. 2 BGB	253
c)	Änderung des § 1574 Abs. 2 durch UÄndG 2007 . . .	254
d)	Die einzelnen Tatbestandselemente	255
aa)	Ausbildung	255
bb)	Fähigkeiten	255
cc)	Lebensalter	256
dd)	Gesundheitszustand	257

ee) Frühere Erwerbstätigkeit	257
ff) Günstige wirtschaftliche Verhältnisse als weiteres Kriterium	258
8. Obliegenheit zur Aufnahme einer Ausbildung, § 1574 Abs. 3 BGB	258
a) Regelungszweck der Vorschrift	258
b) Verbesserte Möglichkeiten zur Erlangung einer beruflichen Tätigkeit	259
c) Bindung an die Ausbildungsentscheidung, Auskunftsanspruch des Unterhaltspflichtigen . .	260
d) Altersgrenze, erfolgreicher Abschluss	260
e) Umfang des Ausbildungsunterhaltsanspruchs . .	261
f) Dauer des Anspruchs, Rückzahlung	261
g) Verhältnis zu § 1575 BGB, Vorsorgeunterhalt . . .	262
9. Folgen der Verletzung einer Obliegenheit nach §§ 1573 Abs. 1, 1574 Abs. 1, 3 BGB	263
a) Annahme fiktiver Einkünfte	263
b) Verhältnis zu § 1579 BGB	264
c) Einwendung oder Einrede bei § 1574 Abs. 3 BGB, Beweislast	264
d) Dauerhafter Verlust des Anspruchs	265
10. Fehlgeschlagene nachhaltige Sicherung bei Wegfall einer angemessenen Erwerbstätigkeit . . .	266
a) Regelungszweck des § 1574 Abs. 4 BGB	266
b) Vorausschauende Betrachtungsweise zur nachhaltigen Sicherung	267
c) Rechtsprechung; zeitliche Begrenzung	268
d) Fehlgeschlagene Erwerbsbemühungen	269
e) Teilunterhalt, Beweislast	270
VI. Anspruch auf Aufstockungsunterhalt nach § 1573 Abs. 2 BGB	270
1. Regelungsgrund	270
2. Verhältnis zu § 1573 Abs. 1 BGB	271
3. Voraussetzungen des Anspruchs	271
a) Einkommensdifferenz bei Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit des Berechtigten . .	271
b) Fiktive Einkünfte	272
c) Einsatzzeitpunkte als Voraussetzung des Anspruchs	272
aa) Bestehende Einkommensdifferenz ab Rechtskraft der Scheidung	272
bb) Erstmaliges Entstehen des Anspruchs nach späterem Wegfall des Kindesunterhalts . . .	273

cc)	Aufstockungsunterhalt durch Vorwegabzug des Kindesunterhalts oder Wechsel der Barunterhaltspflicht	274
d)	Geringe Einkommensdifferenz	274
e)	Verhältnis zu anderen Unterhaltstatbeständen . .	275
aa)	Berücksichtigung bei fiktiven Einkünften .	275
bb)	Vollständiges Erwerbshindernis	276
cc)	Teilerwerbstätigkeit, Anschlussunterhalt . . .	276
dd)	Notwendigkeit einer konkreten Bestimmung des Umfangs des Anspruchs	277
f)	Dauer des Anspruchs nach § 1573 Abs. 2 BGB . .	277
VII.	Unterhalt wegen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung nach § 1575 BGB	278
1.	Regelungszweck des Anspruchs	278
2.	Keine Bindung der Ausbildung an eheliche Lebensverhältnisse.	278
3.	Zeitliche Begrenzung des Anspruchs, kein Vorsorgeunterhalt	278
4.	Verhältnis des privatrechtlichen Unterhaltsanspruchs zur öffentlich-rechtlichen Ausbildungsförderung . . .	279
5.	Voraussetzungen des § 1575 BGB	280
a)	Tatbestandselemente	280
b)	Unterlassene bzw. abgebrochene Ausbildung wegen der Ehe – kein Kausalzusammenhang . . .	280
c)	Kein Anspruch auf Zweitausbildung oder zusätzliche Qualifikationen.	282
6.	Darlegungs- und Beweislast bei fehlendem Ausbildungsbeginn	282
7.	Als baldige Aufnahme der Ausbildung, Einsatzzeitpunkt	283
8.	Art des Ausbildungsgangs	283
9.	Nachhaltige Sicherung des Unterhalts durch Ausbildung	284
10.	Erfolgreicher Abschluss	284
11.	Zumutbare Belastung Unterhaltspflichtigen	285
12.	Zeitliche Begrenzung des Anspruchs.	286
13.	Informationspflichten	286
14.	Erlöschen des Anspruchs.	287
15.	Unterhalt nach beendeter Ausbildung sowie während Stellensuche, Rückforderung	287
16.	Umfang des Anspruchs	288
17.	Der Anspruch nach § 1575 Abs. 2 BGB	288
a)	Normzweck	288

b)	Tatbestandselemente	289
c)	Begriff der beruflichen Nachteile	289
d)	Pflicht zur Nebentätigkeit	289
e)	Das Maß des Unterhalts bei Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Ausbildung	290
f)	Begrenzung nach § 1578b BGB	290
VIII.	Der Unterhalt aus Billigkeitsgründen nach § 1576 BGB ..	291
1.	Regelungszweck der Vorschrift sowie systematische Stellung	291
2.	Voraussetzungen des Anspruchs	291
a)	Offene tatbestandliche Fassung	291
b)	Der Begriff sonstiger schwerwiegende Gründe ..	292
c)	Kein bestimmter Einsatzzeitpunkt, Konkurrenzen.	292
d)	Belange beider Ehegatten, insbesondere wirtschaftliche Verhältnisse und grobe Unbilligkeit	293
e)	Betreuung eines Kindes aus früherer Ehe	294
f)	Besondere Opfer für die eheliche Lebensgemeinschaft oder den anderen Ehegatte ..	295
g)	Betreuung eines Pflegekindes	295
h)	Pflege des Ehegatten oder naher Angehöriger, Krankheit, Alter	296
3.	Umfassende Billigkeitsprüfung unter Einbeziehung anderer Umstände der §§ 1570 ff. BGB	297
4.	Dauer und Höhe des Anspruchs	297
5.	Keine Berücksichtigung des Verschuldens am Scheitern der Ehe	297
6.	Beweislast	298
7.	§ 1576 BGB als Voranspruch zu §§ 1570 bis 1575 BGB.	298
8.	Befristung sowie Begrenzung nach § 1578b BGB . . .	298
IX.	Das Verhältnis der nahehelichen Unterhaltstatbestände zueinander	299
1.	Gesetzliche Struktur	299
2.	Prinzip der Anspruchskette	299
a)	Anschlussunterhalt	299
b)	Anspruchskonkurrenzen	300
c)	Unterbrechung der Anspruchskette	300
d)	Unterschiedliche Rechtsfolgen	301
E.	Unterhalt im Zusammenhang mit der Aufhebung der Ehe ..	303
I.	Grundlagen	303
II.	Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs eines vormaligen Ehegatten	304

III.	Kenntnis, Unkenntnis eines Ehegatten sowie beiderseitige Kenntnis der Aufhebbarkeit	305
1.	Positive Kenntnis der Aufhebbarkeit der Ehe	305
2.	Bedeutung der Kenntnis der Aufhebbarkeit sowie Bestätigung der Ehe	306
IV.	Doppelehe und Rangfolge	307
V.	Unterhalt wegen Pflege und Betreuung eines gemeinsamen Kindes	308
VI.	Folgen der Aufhebung der Ehe nach rechtskräftiger Scheidung	308
VII.	Erlöschen des nachehelichen Unterhalts	309
VIII.	Verfahrensrecht	309
F.	Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten . . .	311
I.	Gesetzliche Grundlagen der Bemessung des Unterhalts.	311
1.	Grundsatz	311
2.	Bedürftigkeit des Berechtigten	311
II.	Das Maß des Unterhalts bei getrennt lebenden und geschiedenen Ehegatten	311
1.	Grundlagen der Bedarfsermittlung	311
a)	Begriff des angemessenen Unterhalts; nichtprägende Einkünfte	311
b)	Halbteilungsgrundsatz	312
c)	Bedarfsbestimmung bei hohen Einkünften, konkrete Bedarfsbestimmung, keine allgemeine Sättigungsgrenze	313
aa)	Umstieg von der Berechnung des Unterhalts nach Quoten und konkrete Bedarfsbestimmung	313
(1)	Weitere wesentliche Ausführungen der Entscheidung	314
(2)	Zusammenfassung der Grundsätze zur Darlegungs- und Beweislast	315
bb)	Keine generelle Sättigungsgrenze	316
d)	Bedeutung des Erwerbstätigenbonus bei der Bestimmung des Bedarfs sowie der Bedürftigkeit.	316
aa)	Grundlagen, Verhältnis des Erwerbstätigenbonus zum pauschalen berufsbedingten Aufwand.	316
bb)	Ausnahmen, besondere Sachlagen	318
cc)	Beschränkung sowie Wegfall des Erwerbstätigenbonus bei beengten Einkommensverhältnissen, berufsbedingter Aufwand	319

2. Weitere Bemessungsfaktoren zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfs	319
a) Vorwegabzug des Kindesunterhalts	319
b) Bindung des Abzugs bei bestehendem Unterhaltstitel eines anderen gleichrangigen Unterhaltsberechtigten	320
c) Abzug des Kindesunterhalts beim Unterhaltsberechtigten, Leistung von Naturalunterhalt, Entstehen eines Aufstockungsunterhalts	321
d) Vorwegabzug des Unterhalts volljähriger Kinder	322
e) Abzug des Kindergelds bei Bedarfsermittlung	323
f) Bedarf und wechselnde Steuerklassen	324
g) Vermögensbildung und Bedarf	325
h) Fiktive Einkünfte und Bedarf	325
i) Haushaltsführung und Bedarf	325
j) Verbindlichkeiten und Bedarf; Wegfall von Kreditraten	326
k) Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf; Überstunden, Erwerbstätigkeit nach Erreichen der Altersgrenze	326
l) Weitere bedarfsbestimmende Erträge sowie Nutzungsvorteile	328
aa) Überblick	328
bb) Geänderte BGH-Rechtsprechung zum Nutzungsvorteils eines Eigenheims bei bestehenden Verbindlichkeiten	328
cc) Auswirkungen auf die Bestimmung des Bedarfs nach den ehelichen Lebensverhältnissen.	329
m) Bedarfsermittlung beim Getrenntlebensunterhalt nach § 1361 Abs. 1 S. 1 BGB	330
aa) Erhebliche, vom Normalverlauf abweichende Entwicklung	330
bb) Zäsur erst mit rechtskräftiger Auflösung der Ehe	331
cc) Trennungsbedingte Veränderungen	331
n) Bedarfsermittlung zum Trennungsunterhalt bei bestehender Gütergemeinschaft	331
3. Begriff der ehelichen Lebensverhältnisse im Sinne des § 1578 Abs. 1 S. 1 BGB	332
a) Rechtskraft der Scheidung als maßgeblicher Zeitpunkt der Anknüpfung	332

b)	Zukünftige Entwicklung – Begriff der stets wandelbaren Verhältnisse	333
aa)	Rentenbezug; Leistungen aus Vorsorgeunterhalt	333
bb)	Nachehelich eingetretene Minderung, Beendigung der Erwerbstätigkeit	334
c)	Änderung der Einkünfte nach Scheidung der Ehe.	335
aa)	Abgrenzungen – Ehegattensplitting, Familienzuschläge	335
bb)	Berücksichtigung künftiger Einkommensanpassungen, Lebensalters- sowie Erfahrungsstufen	336
cc)	Begriff einer angebahnten Entwicklung; beruflicher Aufstieg, Abgrenzung nach BGH.	336
dd)	Ausnahmen bei sog. Karrieresprung	337
4.	Bestimmung der ehelichen Lebensverhältnisse bei Einkünften beider Ehegatten	339
a)	Begriff der nachhaltigen und dauerhaften Einkünfte	339
b)	Bestimmung des Bedarfs nach der Differenz- bzw. Additionsmethode	339
c)	Verletzung einer Erwerbsobliegenheit und Bedarfsbestimmung	340
d)	Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf.	340
e)	Versorgungsausgleich und Bedarf	341
aa)	Auswirkungen des Versorgungsausgleichs zwischen den geschiedenen Ehegatten	341
bb)	Sonderfall bei Erwerbseinkommen des Unterhaltspflichtigen und Rentenbezug aus dem Versorgungsausgleich beim Unterhaltsberechtigten	341
cc)	Auswirkungen des Versorgungsausgleichs beim Unterhaltsberechtigten aus einer anderen Ehe	342
f)	Beweislast bei der Bedarfsbestimmung	343
5.	Die Bestimmung des Bedarfs bei Konkurrenz mehrerer Unterhaltsberechtigter	344
a)	Auswirkungen der Entscheidung des BVerfG vom 25.01.2011 auf die Bestimmung des Bedarfs	344
b)	Einschränkung des Begriffs der wandelbaren ehelichen Lebensverhältnisse	344
c)	Maßgebliche Zäsur – Trennung, Zustellung Scheidungsantrag, Rechtskraft der Scheidung	345

d)	Außereheliches Kind und Bedarfsbestimmung . . .	346
aa)	Zuordnung eines außerehelichen Kindes bei der Bedarfsbestimmung	346
bb)	Eheliche Lebensverhältnisse bei Geburt des außerehelichen Kindes in der Trennungszeit sowie bei Anspruch der Mutter nach § 1615I BGB	347
cc)	Abzug des Kindesunterhalts bei Unterhalts- bestimmung für den geschiedenen Ehegatten und Splittingvorteil aus neuer Ehe	348
e)	Bestimmung des Bedarfs bei zwei unterhalts- berechtigten Ehegatten bzw. des Unterhalts nach § 1570 BGB sowie § 1615I Abs. 2 BGB . . .	348
aa)	Berechnungsschritte	348
bb)	Folgerungen für den Bereich der Leistungsfähigkeit	349
cc)	Konkurrenz der Ansprüche nach § 1570 BGB mit § 1615I BGB	349
III.	Besondere Bedarfspositionen	350
1.	Trennungsbedingter Mehrbedarf	350
a)	Ursachen des Mehrbedarfs	350
b)	Konkrete Bestimmung des Mehrbedarfs	350
c)	Unterscheidung nach Differenz- bzw. Anrechnungsmethode	351
d)	Geringere Quote als genereller Mindestbedarf . .	352
e)	Einzelfälle	352
2.	Sonderbedarf, Ausbildung, sonstige Bedarfe	352
a)	Deckung des gesamten Lebensbedarfs	352
b)	Beschaffung von Wohnraum	353
c)	Kosten einer Ausbildung	353
3.	Unterhalt für eine Kranken- sowie Pflegeversicherung . .	353
a)	Voraussetzungen des Anspruchs	353
b)	Begrenzte Frist zur Begründung einer gesetzlichen Krankenversicherung nach Scheidung	354
c)	Ausnahmen vom Familienversicherungsschutz . .	355
d)	Kosten einer privaten Zusatzversicherung	355
e)	Verhältnis zum Elementarunterhalt	356
f)	Höhe des Anspruchs	356
g)	Wegfall des Anspruchs bei Verletzung einer Erwerbsobliegenheit	357
h)	Hinweispflichten	358
i)	Beitragspflicht zur Krankenversicherung bei Unterhaltsabfindung	358

4.	Vorsorgeunterhalt für den Fall des Alters sowie der verminderten Erwerbsfähigkeit	359
a)	Bedeutung und Zweck des § 1578 Abs. 3 BGB . .	359
b)	Anspruch ab Zustellung des Scheidungsantrags	359
c)	Kein eigenständiger Unterhaltsanspruch	360
d)	Form der Geltendmachung	360
e)	Freie Anlageform	361
f)	Verwendungskontrolle	361
g)	Begrenzung des Anspruchs bei Unterhalt insbesondere wegen Alters oder Krankheit	363
h)	Überschreiten der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung	364
i)	Bestimmung des Vorsorgeunterhalts wegen Alters. .	364
aa)	Bemessungsgrundlage	364
bb)	Methodisches Vorgehen	364
cc)	Sonderfälle – Aufstockungsunterhalt	365
dd)	Wegfall der zweistufigen Berechnung des Elementarunterhalts	366
ee)	Rang des Vorsorgeunterhalts	366
ff)	Vorsorgeunterhalt bei fiktiven Einkünften	367
j)	Teilentscheidung zum Vorsorgeunterhalt wegen Alters; Zulässigkeit einer Nachforderung	367
aa)	Verfahrensrechtliche Beschränkungen einer Nachforderung	367
bb)	Nachteilige Folgen in Bezug auf Nachteilsausgleich nach § 1578b BGB	369
k)	Kosten für eine Pflegeversicherung	369
IV.	Berücksichtigung von Nutzungsvorteilen aus einem Eigenheim und Bedarfsbestimmung	370
1.	Auswirkungen bei der Bestimmung der Höhe des Unterhalts	370
2.	Wohnwert und Bedarf	371
a)	Abzug von Belastungen	371
b)	Grundlegende Änderung der Rechtsprechung .	371
c)	Konkrete Auswirkungen der geänderten Rechtsprechung	372
d)	Verbrauchsunabhängige Nebenkosten	373
e)	Bewertungsmaßstab zur Bestimmung des Wohnwerts	374
f)	Angemessener Nutzungswert während des Getrenntlebens	374
aa)	Aufgedrängter Wohnwert – „totes Kapital“ . .	374

bb)	Auswirkungen bei Leistung eines Nutzungsentgelts	375
cc)	Trennung in der Wohnung, Aufnahme eines Partners	376
g)	Voller Wohnwert eines Eigenheims ab Zustellung des Scheidungsantrags	376
h)	Berücksichtigung des Nutzungswerts bei Veräußerung des Eigenheims bei Trennung bzw. Scheidung	377
aa)	Grundlagen der BGH-Rechtsprechung . . .	377
bb)	Berücksichtigung von Kreditkosten aus der Übernahme eines Eigenheims	378
i)	Prägung bei Wohnrecht und kostenloser Überlassung der ehelichen Wohnung durch Eltern	378
j)	Bindung im Abänderungsverfahren	379
k)	Bedarfsbestimmung und Wohnbedarf der Kinder	379
l)	Obliegenheit zur angemessenen Nutzung eines großen Eigenheims	380
m)	Eigenheim des Unterhaltsberechtigten; Kreditbelastungen	381
n)	Finanzierungsraten aus Zugewinn bzw. Vermögensauseinandersetzung	382
o)	Fortführung einer hohen Schuldenlast nach der Trennung	382
p)	Wohnwert als fiktives Einkommen bei kostenloser Überlassung	382
V.	Abgrenzungsfragen zwischen Unterhalt und Zugewinn . . .	383
1.	Verbot der Doppelberücksichtigung von Verbindlichkeiten	383
2.	Zuordnung von arbeitsrechtlichen Abfindungen . . .	384
3.	Zinsertrag aus eheprägenden Vermögenswerten	384
4.	Bedarfsprägende Erträge aus Zugewinn	384
VI.	Bestimmung der Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten .	385
1.	Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	385
a)	Vorrangige Obliegenheit zur eigenen Bedarfsdeckung	385
b)	Eingeschränkte Berücksichtigung von Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	387
2.	Unbeachtlichkeit der Herkunft der Einkünfte und des Vermögens zur Deckung der Bedürftigkeit	388
3.	Prüfung der Bedürftigkeit auch zum Trennungsunterhalt	388

4. Versorgungs- und Betreuungsleistungen des Unterhaltsbedürftigen für Lebenspartner und sonstige Dritte	389
5. Freiwillige Leistungen Dritter	390
6. Darlegungs- und Beweislast	390
7. § 1577 Abs. 1 BGB als Grundlage der Anrechnung von Einkünften, Anwendung der Anrechnungsmethode oder Differenzmethode	391
8. Gewinnträchtige Anlage von Kapitalvermögen	391
a) Zumutbarkeitsprüfung	391
b) Nachhaltige Sicherung des Unterhalts durch Lebensversicherung	392
c) Abzug von Belastungen	393
9. Verbrauch des Vermögens für unterhaltsfremde Zwecke	393
10. Verwertung von Vermögen durch den Unterhaltsberechtigten	393
a) Voraussetzungen	393
b) Unwirtschaftlichkeit der Verwertung.	394
c) Unbilligkeit der Vermögensverwertung	396
aa) Maßgebliche Kriterien	396
bb) Vermögen aus Zugewinn sowie einer Vermögensauseinandersetzung	397
cc) Besonderes Sicherungsbedürfnis des Unterhaltsberechtigten	398
dd) Dauer der Unterhaltsbedürftigkeit und Ertragsmöglichkeit	398
ee) Verwertung des Vermögens beim Getrenntlebensunterhalt	399
11. Nachhaltige Sicherung des Unterhalts und Wegfall des Vermögens nach § 1577 Abs. 4 S. 1 BGB	400
a) Wegfall des Anspruchs	400
aa) Regelungszweck der Vorschrift	400
bb) Der Begriff einer nachhaltigen Sicherung	401
b) Wiederaufleben nach § 1574 Abs. 4 S. 2 BGB	402
12. Berücksichtigung von Einkünften aus unzumutbarer Tätigkeit	402
a) Grundlagen	402
aa) Unzumutbare Einkünfte	402
bb) Gesetzliche Regelung zur Anrechnung unzumutbarer Einkünfte	403
b) Regelung des § 1577 Abs. 2 BGB	403
aa) Anwendungsgrundsätze	403
bb) Anrechnungsmaßstab	404

cc)	Keine Differenzmethode bei unzumutbarer Erwerbstätigkeit	405
dd)	Bestimmung des anrechnungsfreien Einkommens bei Vereinbarungen	405
13.	„Einkünfte“ aus eheähnlicher Lebensgemeinschaft ..	405
a)	Bedarfsprägende Wirkung von Versorgungsleistungen	405
b)	Übernahme der Haushaltsführung als Anknüpfungspunkt	405
c)	Leistungsfähigkeit des neuen Partners	406
d)	Bewertung der Haushaltsführung	406
e)	Partnerschaft und volle Erwerbstätigkeit	407

G. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts

	wegen Unbilligkeit nach § 1578b BGB	409
I.	Anwendungsbereich	409
II.	Systematische Grundlagen der Begrenzungsnorm	409
III.	Verbindung von Herabsetzung und zeitlicher Begrenzung ..	410
IV.	Herabsetzung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 1 BGB ...	410
1.	Prüfung der Voraussetzungen von Rechts wegen ...	410
2.	Der Begriff der ehebedingten Nachteile	411
3.	Angemessener Lebensbedarf als Ersatzmaßstab	412
4.	Wahrung der Belange eines anvertrauten gemeinschaftlichen Kindes	413
5.	Ehebezogene Nachteile als Billigkeitsgrund und -maßstab	414
6.	Begrenzung der Billigkeitsprüfung auf objektive Umstände	415
V.	Dauer der Ehe als weiterer Billigkeitsgrund nach § 1578b Abs. 1 S. 2 BGB	415
1.	Bedeutung dieses Tatbestandsmerkmals	415
2.	Gesetzliche Klarstellung als nachteilsunabhängiger Billigkeitsgrund aufgrund Gesetzänderung zum 01.03.2013	416
3.	Inhalt der tatbestandlichen Änderung des § 1578b Abs. 1 S. 2, 3 BGB	417
4.	Geänderte Auslegung nach objektiven Kriterien	418
5.	Verhältnis der beiden ausdrücklich genannten Billigkeitskriterien des Satzes 2 zueinander	419
6.	Zeitliche Bemessung des Begriffs der Dauer der Ehe ..	420
VI.	Keine Befristung sowie Begrenzung bei fortwirkender nachehelicher Solidarität	421
1.	Regelungszweck sowie Bedeutung	421

2.	Rechtsprechung des BGH	421
VII.	Sonstige Billigkeitsgründe	424
1.	Keine begrenzte Billigkeitsprüfung	424
2.	Wirtschaftliche Verhältnisse	425
3.	Keine Berücksichtigung eines Trennungverschuldens	425
4.	Berücksichtigung von Vermögen des Unterhaltsbedürftigen	426
VIII.	Ausgleich ehebedingter Nachteile	426
1.	Begriff der fortwirkenden Nachteile	426
2.	Sachverhalte gemäß der BGH-Rechtsprechung	426
a)	Bemessung des Nachteilsausgleichs aufgrund des ehebedingten Abbruchs der Erwerbsbiografie	426
b)	Nachteilsausgleich aufgrund des durchgeführten Versorgungsausgleichs sowie den Vorsorgeunterhalt	431
c)	Weiterer Nachteilsausgleich in Bezug auf die soziale Absicherung eines Ehegatten	432
3.	Rechtsfolge im Fall eines nicht vorgenommenen Nachteilsausgleichs	433
IX.	Angemessener Lebensbedarf als Ersatzmaßstab	433
1.	Voraussetzungen	433
2.	Maßgebliche Sachverhalte	434
X.	Nachteilsausgleich beim Unterhalt wegen Krankheit	436
XI.	Nachteilsausgleich beim Unterhalt wegen Alters sowie Auswirkungen des Versorgungsausgleichs und Zugewinnausgleichs	437
1.	Unterhalt wegen Alters	437
2.	Auswirkungen des Versorgungsausgleichs	438
3.	Bedeutung einer Zugewinnausgleichsleistung für einen Nachteilsausgleich	440
XII.	Keine Zuordnung des Nachteilsausgleichs zu beiden Ehegatten	440
XIII.	Zeitliche Begrenzung des Anspruchs	441
XIV.	Verbindung von Befristung und Begrenzung des Anspruchs	441
XV.	Dauer der Übergangszeit	442
XVI.	Auswirkungen des § 1578b BGB auf die einzelnen Unterhaltstatbestände	443
XVII.	Darlegungs- und Beweislast; sekundäre Behauptungslast des Unterhaltsberechtigten	443
1.	Unterhaltspflichtiger	443
2.	Darlegungslast des Unterhaltsberechtigten	444
3.	Rechtsprechung des BGH zur sekundären Behauptungslast	445

XVIII.	Hinweis auf unterschiedliche Dauer des Anspruchs nach §§ 1570, 1573 Abs. 2 BGB	446
XIX.	Verhältnis von § 1578b BGB zu § 1579 BGB	446
XX.	Verfahrensrechtliche Fragen	448
	1. Keine Ermessensentscheidung zu § 1578b BGB	448
	2. Verfahrensrechtliche Präklusion	448
	3. Problem einer gesicherten Prognose	449
	4. Fehlende Festlegung der Grundlagen in einer vergleichsweisen Unterhaltsbestimmung	451
	5. Abänderungsantrag nach §§ 238, 239 FamFG	451
	a) Ausgangslage bei Antragstellung	451
	b) Rechtsmittelverfahren	451
	6. Reichweite der Präklusion bei einem in der Erstentscheidung übersehenen Umstand in Bezug auf § 1578b BGB	452
	7. Zulässigkeit eines Abänderungsantrags des Unterhaltsschuldners bei unterlassenen Vorbringen im Abänderungsverfahren des Unterhaltsgläubigers – Präklusion von Alt Tatsachen	453
	8. Beschränkte Geltendmachung der Begrenzung bei noch nicht abgeschlossenen Sachverhalten	455
H.	Unterhaltsrechtliche Härteklausele des § 1579 BGB	457
I.	Rechtsnatur der Härtefallklausel; Anwendungsbereich	457
II.	Normzweck, Tatbestandsstruktur	458
	1. Normzweck	458
	2. Zweigliedriger Tatbestand, flexible Rechtsfolgen	459
III.	Auslegungsfragen des Einleitungssatzes des § 1579 BGB	460
	1. Der Begriff der groben Unbilligkeit	460
	2. Unterhaltszahlung trotz grober Unbilligkeit	461
	3. Wirtschaftliche Verhältnisse	462
	4. Dauer der Ehe	462
	5. Verdienste für die Familie oder den anderen Ehegatten	463
	6. Sonstige Billigkeitsgründe	463
	7. Wahrung der Belange eines anvertrauten Kindes	464
	8. Abgestufte Beschränkung des Unterhalts – flexibel gestaltete Rechtsfolge	464
	9. Partnerschaft und Mindestbedarf	466
	10. Zeitliche Befristung des Anspruchs	467
	11. Anrechnen eigener Einkünfte bzw. eigenen Vermögens bei eingeschränktem Unterhaltsanspruch	468
	12. Kürzung über den notwendigen Eigenbedarf hinaus	470

13. Berücksichtigung des Unterhaltsanspruchs gegen den nichtehelichen Vater nach § 1615I Abs. 1, 2 BGB . . .	470
14. Privilegierung bei einem anvertrauten Kind	471
15. Vorsorgeunterhalt, Krankenversicherung	472
IV. Der Härtegrund der Ehe von kurzer Dauer nach § 1579 Nr. 1 BGB	472
1. Anwendungsbereich	472
2. Zeitlicher Rahmen; Rechtsprechung des BGH	472
3. Bestimmung der Dauer der Ehe	473
4. Ausnahmen auf Grund besonderer Umstände	474
5. Keine Anwendung beim Trennungsunterhalt	475
6. Einzelfälle aus der Rechtsprechung	475
7. Konkurrenz zu § 1579 Nr. 8 BGB, weitere Konkurrenzen	476
8. Weitere Anwendungsfragen zu Nr. 1	477
a) Berücksichtigung von Pflege und Erziehung bei der Bestimmung der Ehezeit	477
b) Billigkeitsabwägung und Höhe des Unterhalts	477
c) Wahrung der Belange eines Kindes und Härteklausele nach Nr. 1; Problem des Bedarfsgefälles	478
d) Härtegrund und gesteigerte Erwerbsobliegenheit – Begrenzung des Unterhalts auf das dritte Lebensjahr des Kindes?	479
9. Kürzung des Unterhalts über den notwendigen Eigenbedarf hinaus bei eigenen Einkünften und Vermögen	480
V. Der Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (Nr. 2)	481
1. Der Begriff der verfestigten Lebensgemeinschaft	481
2. Anwendung der Härteklausele bei bestehendem Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB	482
3. Fester sozialer Zusammenschluss	482
4. Gewisse Dauer des Zusammenlebens im Sinne einer eheersetzenden Gemeinschaft	483
5. Begriff des Zusammenlebens	484
6. Verfestigte Lebensgemeinschaft in der Trennungszeit	485
7. Leistungsfähigkeit des Lebenspartners	485
8. Unterhaltsgemeinschaft als Grund einer objektiven Unzumutbarkeit	486
9. Reine Versorgungsgemeinschaft	487
10. Unbeachtliche unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit des Lebenspartners	488
11. Erneute Geltendmachung des Härtegrundes bei erstmaliger Abweisung; Auflösung der Partnerschaft	488

	12. Vereinbarung zum Ausschluss des Unterhalts bei verfestigter Lebensgemeinschaft	489
VI.	Verbrechen und schweres Vergehen gegen den Unterhaltspflichtigen als Härtefall (Nr. 3)	490
	1. Regelungsbereich	490
	2. Bedeutung der Schwere des Härtefalls	491
	3. Berücksichtigung einer Verfehlung des Unterhaltspflichtigen	492
	4. Abgestufte Rechtsfolge nach den Auswirkungen des Delikts	492
	5. Einzelfälle aus der Rechtsprechung	493
VII.	Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (Nr. 4) . . .	495
	1. Begriff der Mutwilligkeit	495
	2. Unterhaltsbezogene Leichtfertigkeit; Abgrenzung zur Obliegenheit gemäß § 1577 Abs. 1 BGB	495
	3. Die einzelnen Fallgruppen	496
	4. Aufgabe einer gebotenen Tätigkeit – selbstverschuldeter Arbeitsplatzverlust	497
	5. Alkohol- und Drogenabhängigkeit; psychisches Leiden	498
	6. Unterhaltslast durch Geburt eines Kindes ohne Zustimmung des Ehemannes	499
	7. Fehlgeschlagener Suizidversuch	500
	8. Unwirtschaftliche Vermögensanlage; Verwendung für spätere Altersvorsorge	500
	9. Verwendung von Kapitalbeträgen für unterhaltsfremde Zwecke; Abgrenzung zu zwangsläufigen Aufwendungen	501
	10. Zweckwidrige Verwendung des Vorsorgeunterhalts, Berechnung der fiktiven Altersversorgung	502
	11. Unterlassene Geltendmachung bestehender Ansprüche	503
	12. Sonstige Fragen zu § 1579 Nr. 4 BGB, Beweislast . .	503
VIII.	Mutwilliges Hinwegsetzen über schwerwiegende Vermögensinteressen (Nr. 5)	504
	1. Regelungsbereich	504
	2. Tatbestandsvoraussetzungen	504
	3. Fallgruppen	505
	a) Anschwärzen beim Arbeitgeber, Strafanzeigen . .	505
	b) Verschweigen von Einkünften, Pflicht zur ungefragten Information	506
	c) Aufgabe eines Ehegattenarbeitsverhältnisses . . .	508
	d) Belastung mit Kindesunterhalt	508
	e) Verletzung sonstiger Vermögensinteressen, Verschwendung des Familienunterhalts	508

IX.	Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (Nr. 6)	509
	1. Anwendungsbereich	509
	2. Begriff des Familienunterhalts sowie der gröblichen Unterhaltspflichtverletzung	510
	3. Schuldhaftes Verhalten	512
X.	Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (Nr. 7)	512
	1. Anwendungsbereich	512
	2. Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	513
	3. Begriff eines offensichtlich schwerwiegenden Fehlverhaltens	513
	4. Verletzung der ehelichen Treue	514
	5. Verstoß gegen eheliche Pflichten	515
	a) Leugnen der nichtehelichen Vaterschaft eines Kindes	515
	b) Scheineheliches Kind; begrenzte Reichweite der Rechtsausübungssperre	516
	c) Vereitelung des Umgangs mit einem gemeinsamen Kind	517
	d) Verlassen des anderen Ehegatten	518
	e) Weigerung der Aufnahme eines gemeinsamen Wohnsitzes	518
	f) Verheimlichung von Einkünften	519
	g) Nichteingehen einer Ehe	519
	h) Sonstige verletzende Verhaltensweisen	519
	6. Eindeutiges Fehlverhalten	520
	7. Fehlende Ursächlichkeit	521
	8. Fehlverhalten vor Scheitern der Ehe bzw. Trennung	521
	9. Fehlverhalten nach Scheitern der Ehe sowie nach Rechtskraft der Scheidung	522
	10. Fehlverhalten gegen Angehörige	523
XI.	Andere Gründe von gleichem Gewicht (Nr. 8)	523
	1. Anwendungsbereich – Funktion als Auffangtatbestand	523
	2. Fallgruppen	524
	a) Unterlassene Eheschließung mit dem neuen Partner, konkurrierender Betreuungsunterhalt	524
	b) Anstößige oder kränkende Begleitumstände	525
	c) Nicht zurechenbar begangene Selbstschädigung	526
	d) Kurzes Zusammenleben, keine gemeinsame eheliche Wohnung	526

e)	Versagung des Trennungsunterhalts nach längerer Nichtgeltendmachung	526
f)	Nichteheliches Kind	527
g)	Verweigerung der Umgangsbefugnis	527
h)	Ehrlose Lebensführung	527
i)	Nacherklärung von steuerlichen Einkünften zu Lasten des Unterhaltspflichtigen	528
3.	Fälle, in denen eine objektive Unzumutbarkeit regelmäßig ausscheidet	528
a)	Voreheliche Erkrankung	528
b)	Voreheliche Täuschungshandlungen, unerkannte Erkrankung	528
XII.	Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs	529
XIII.	Verzeihung eines Härtegrunds	530
XIV.	Darlegungs- und Beweislast	530
XV.	Wiederholte Geltendmachung eines Härtegrundes	532
I.	Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners, Rangfolge . .	533
I.	Begriff der Leistungsfähigkeit	533
1.	Leistungsfähigkeit als sachliche Voraussetzung des Unterhaltsanspruchs; zeitliche Kongruenz	533
2.	Gesetzliche Grundlagen	534
3.	Familien- sowie Trennungsunterhalt	534
4.	Nachehelicher Unterhalt, Verwandtenunterhalt, Unterhalt zwischen Eltern nach § 1615l BGB	535
5.	Faktoren zur Feststellung der Leistungsfähigkeit – Überblick; Rechtsfolgen	535
II.	Voraussetzungen der mangelnden Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	536
1.	Gefährdung des eigenen angemessenen Unterhalts . .	536
a)	Nachehelicher Unterhalt	536
b)	Verwandtenunterhalt	536
c)	Trennungsunterhalt	537
2.	Voraussetzungen und Rechtsfolgen der mangelnden Leistungsfähigkeit	537
a)	Stufenweises Vorgehen	537
b)	Umfang der Obliegenheit bei Unterhaltsberechtigtem und Unterhaltspflichtigen	538
3.	Begriff des angemessenen und notwendigen Selbstbehalts	539
a)	Nachehelicher Unterhalt – Auslegung des § 1581 S. 1 BGB	539

	b)	Getrenntlebensunterhalt sowie Verwandtenunterhalt	541
	c)	Selbstbehalt bei einem Unterhaltsanspruch der Mutter nach § 1615l BGB	541
	4.	Selbstbehalt bei Unterhaltspflicht gegenüber betagten Eltern – Korrektur der Düsseldorfer Tabelle durch BGH-Rechtsprechung	541
	a)	Grundlegender Ansatz	541
	b)	Keine Auswirkungen aufgrund des Angehörigen-Entlastungsgesetzes	542
	c)	Bestimmung des Selbstbehalts bei verheiratetem Unterhaltspflichtigen	543
	5.	Herabsetzung des Selbstbehalts wegen Haushaltersparnis; Synergieeffekte	543
	6.	Weitere Sachverhalte zur Bestimmung des Selbstbehalts	544
	7.	Abgrenzung echter – unechter Mangelfall	544
III.		Das Rangfolgesystem bei mehreren Unterhaltsberechtigten nach § 1609 BGB	545
	1.	Grundlagen zur Bestimmung des Unterhalts nach einer Rangordnung	545
	2.	Absoluter Vorrang des Unterhalts minderjähriger sowie volljähriger privilegierter Kinder	546
	3.	Der Begriff des volljährigen unverheirateten Kindes; § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB	546
	4.	Besondere Hervorhebung des Betreuungsunterhalts	547
	5.	Gleichstellung des Unterhalts bei Ehe von langer Dauer mit dem Betreuungsunterhalt	548
	6.	Die weiteren Rangfolgeregelungen	550
	7.	Fehlende Rangfolge bei Unterhaltsansprüchen nach dem LPartG	551
IV.		Grundlagen der Berechnung bei Berücksichtigung einer Rangfolge	551
	1.	Bestimmung von Einsatzbeträgen	551
	2.	Auswirkungen	551
V.		Probleme der Zuordnung zur ersten Rangstufe (Kindesunterhalt) sowie Anspruchsbestimmung	552
	1.	Berechtigte der ersten Rangstufe – minderjährige sowie volljährige privilegierte Kinder	552
	2.	Bestimmung der Einsatzbeträge beim Kindesunterhalt	553
	a)	Grundlage der Bedarfsbestimmung	553
	b)	Funktion des Bedarfskontrollbetrags	553
	c)	Auswirkungen auf die Mangelfallberechnung	554

3.	Mangelfallberechnung bei mehreren Berechtigten der 1. Rangstufe	555
4.	Wegfall eines bestehenden Unterhaltsanspruchs sowie bestehender Unterhaltstitel	555
5.	Mangelfallberechnung bei minderjährigem sowie volljährigem privilegierten Kind	556
6.	Zuordnung des steuerlichen Splittingvorteils aus neuer Ehe zum Kindesunterhalt	557
7.	Zulässigkeit eines Rangverzichts auf 1. Rangstufe . .	558
VI.	Zuordnung zur zweiten und dritten Rangstufe; Anspruchsberechnung	559
1.	Bestimmung des Unterhalts bei Gleichrang bzw. Nachrang mehrerer Unterhaltsberechtigter	559
2.	Rangfolgenzuordnung bei Zusammentreffen von Betreuungsunterhalt und Aufstockungsunterhalt . . .	562
3.	Einordnung des Familienunterhalts der zweiten Ehefrau, wenn kein gemeinsames Kind betreut wird . . .	562
4.	Zuordnung des Realsplittingvorteils aus neuer Ehe im Mangelfall	563
5.	Zuordnung nachehelich geborener Kinder bei Anspruch nach § 1609 Nr. 2, 3 BGB	563
6.	Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen der 2. und 3. Rangstufe	564
7.	Wiederaufleben eines nachrangigen Anspruchs nach Wegfall eines vorrangigen Anspruchs	565
8.	Zuordnung des Unterhalts nach § 1576 BGB bei Betreuung eines Pflegekinds	565
VII.	Weitere Fragen im Zusammenhang mit der Rangfolgeregelung gemäß § 1609 BGB	566
1.	Keine Billigkeitskorrektur nach § 1579 Nr. 8 BGB . . .	566
2.	Berücksichtigung vertraglicher Unterhaltsansprüche . .	566
VIII.	Die Berücksichtigung von Verbindlichkeiten des Unterhaltspflichtigen	567
1.	Berücksichtigung der sonstigen Verpflichtungen – Umfang	567
2.	Abgrenzung beachtlicher von unbeachtlichen Verbindlichkeiten	568
3.	Verantwortungsloses, leichtfertiges Verhalten als Maßstab	570
a)	Einheitliche Grundsätze für die Bewertung der Leistungsfähigkeit	570
b)	Unterscheidung zwischen Begründung von Verbindlichkeiten und zukünftiger Tilgung	570

4. Beachtlichkeit gemeinsam eingegangener Verbindlichkeiten	572
5. Schuldentilgung über Pfändungsfreigrenzen	573
6. Rücksichtnahme auf minderjährige Kinder	573
7. Tilgungsplan und Erfüllungszwang wegen vertraglicher Verpflichtung	574
8. Unterhaltsansprüche in der Insolvenz	575
a) Grundlagen	575
b) Unterhaltsansprüche des Schuldners	575
c) Unterhaltsansprüche des Schuldners gegen die Insolvenzmasse	575
d) Unterhaltsansprüche gegen den Schuldner im eröffneten Insolvenzverfahren	576
e) Verbraucherinsolvenzverfahren, Restschuldbefreiung	577
f) Obliegenheit zur Stellung eines Insolvenzantrages nur in Bezug auf Kindesunterhalt	577
g) Pfändungsfreier Teil des Einkommens	578
h) Auswirkungen des Insolvenzantrags auf den anderen Ehegatten	578
9. Nach der Trennung/Scheidung entstandene Verbindlichkeiten	579
a) Kosten der notwendigen Lebensführung	579
b) Notwendige Verfahrenskosten	579
c) Krankheitsbedingter Mehrbedarf, Sonderbedarf ..	580
d) Ausübung des persönlichen Umgangs mit einem Kind	580
10. Rückständige Unterhaltsansprüche; sonstige Schulden .	581
11. Abzweigung von Sozialleistungen; Pfändung	582
12. Verbindlichkeiten ohne Erfüllungszwang	582
13. Verbindlichkeiten aus allgemeinen Lebenshaltungskosten	582
14. Verbindlichkeiten aus trennungs- oder scheidungsbedingter Auflösung der gemeinsamen Wohnung	583
15. Aufnahme eines Kredits zur Finanzierung des Unterhalts	583
16. Abfindungsleistung beim Wertausgleich nach der Scheidung	584
17. Verbindlichkeiten aufgrund eines geschäftlichen Niedergangs oder Veräußerung eines Eigenheims ..	584
18. Geldstrafen, Bußgelder	585
19. Darlegungs- und Beweislast	585

IX.	Einkommen und Vermögen als Grundlage der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	586
	1. Einkommen als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit . .	586
	a) Unterhaltsrechtlich geprägter Einkommensbegriff .	586
	b) Anforderungen an den Unterhaltspflichtigen zur Erzielung von Einkünften	586
	2. Prüfung der subjektiven Anforderungen an fiktiv angenommener Erwerbstätigkeit nach objektiven Kriterien	587
	3. Vorübergehende Minderung der Leistungsfähigkeit . . .	588
	4. Selbstverschuldete Leistungsunfähigkeit durch Aufgabe oder Wechsel der Erwerbstätigkeit sowie Fehlverhalten	588
	5. Ursächlichkeit des vorwerfbaren Verhaltens als Voraussetzung, reale Chance für Erwerbstätigkeit . .	588
	6. Aufgabe einer festen Anstellung und Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit	589
	7. Übernahme der Kindesbetreuung in neuer Partnerschaft	590
	8. Keine dauerhafte Bindung an eine Obliegenheitsverletzung	593
X.	Berücksichtigung von Einkünften aus unzumutbarer Tätigkeit	594
	1. Abgrenzung zumutbare – unzumutbare Tätigkeit – Überstudententätigkeit	594
	2. Einsatz von Einkünften aus unzumutbarer Tätigkeit bei mangelnder Leistungsfähigkeit	595
	3. Anrechnung solcher Einkünfte	595
XI.	Verwertung des Vermögensstammes durch den Verpflichteten	596
	1. Einsatz des Stammes des Vermögens und Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit des Unterhaltsberechtigten . . .	596
	a) Grundlagen der gesetzlichen Regelungen bei getrennt lebenden und geschiedenen Ehegatten . . .	596
	b) Verstärkter Einsatz des Unterhaltsberechtigten beim nachehelichen Unterhalt, Folgen für den Unterhaltspflichtigen	596
	2. Umfang der Verwertung des Vermögensstammes . . .	597
	a) Trennungs- und nachehelicher Unterhalt	597
	b) Verwandtenunterhalt, Elternunterhalt	598
	c) Belassen eines Restvermögens – Notgroschen . .	600
XII.	Vorrangige Bedürfnisse des Unterhaltspflichtigen	600

XIII.	Rangfolge mehrerer Unterhaltsverpflichteter im Bereich des Ehegattenunterhalts	601
1.	Vorrang der Haftung des geschiedenen Ehegatten . .	601
2.	Ersatzhaftung der Verwandten; Rückgriffsrechte . . .	603
3.	Schwierige Rechtsverfolgung im Inland bei Ersatzhaftung der Verwandten	603
4.	Gesetzlicher Forderungsübergang	604
5.	Beweislast im Rahmen des § 1584 BGB	604
6.	Ersatzhaftung beim Verwandtenunterhalt nach § 1607 BGB	605
7.	Vorrangige gesetzliche Regressregelung	605
8.	Inanspruchnahme anderer Verpflichteter bei § 1611 BGB	605
J.	Anspruch auf Elternunterhalt	607
I.	Grundlagen	607
II.	Bestimmung des Bedarfs eines pflegebedürftigen Elternteils	607
1.	Maßgebliche Faktoren zur Höhe des Bedarfs	607
2.	Wandelbare Bedarfsverhältnisse	607
III.	Bestimmung der Bedürftigkeit des Elternteils	609
1.	Grundlagen	609
2.	Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung, mehrere Unterhaltspflichtige	610
3.	Einsatz des Vermögensstamms der Eltern	611
IV.	Höherer Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen	611
1.	Rechtsprechung des BGH vor Inkrafttreten des Angehörigen-Entlastungsgesetzes	611
2.	Korrektur der Anknüpfung des Selbstbehalts an hohe Einkommensschwelle des Angehörigen- Entlastungsgesetzes durch BGH	612
3.	Bemessung des angemessenen Selbstbehalt nach BGH	613
4.	Weitere, den Selbstbehalt erhöhende Aufwendungen . .	615
5.	Anerkennung einer ergänzenden Altersvorsorge	615
V.	Bestimmung des Haftungsanteils bei Unterhaltspflicht gegenüber einem Ehegatten	616
1.	Konkurrenz der Unterhaltsansprüche	616
2.	Berücksichtigung einer Haushaltersparnis bei der Bestimmung des Unterhalts	617
VI.	Bestimmung des Wohnvorteils eines Eigenheims des Unterhaltspflichtigen sowie Kreditbelastungen beim Elternunterhalt	617

VII.	Pflicht zum Einsatz von Vermögenswerten	618
VIII.	Kein Einsatz des Familienunterhalts	618
IX.	Haftungsanteile mehrerer Geschwister	619
X.	Verwirkung des Unterhalts wegen schwerer Verfehlung nach § 1611 BGB; sozialhilferechtliche Härteklausel . . .	620
XI.	Auskunftspflichten beim Elternunterhalt	621
	1. Bürgerlich-rechtlicher Anspruch zwischen Geschwistern	621
	2. Gestuftes Auskunftsverfahren gegenüber Sozialhilfeträger, § 94 Abs. 1a SGB XII	622
XII.	Darlegungs- und Beweislast	622
XIII.	Rückforderungsanspruch nach § 528 BGB	623
XIV.	Berücksichtigung eines fiktiven Pflegegelds	623
XV.	Bestimmung der Aktivlegitimation des Sozialhilfeträgers . .	624
K.	Der Unterhalt von Mutter und Vater aus Anlass der Geburt . .	627
I.	Normzweck der Vorschrift, Anpassung an § 1570 BGB .	627
II.	Voraussetzungen des Anspruchs	627
III.	Ansprüche der Mutter aus Anlass der Geburt nach § 1615l Abs. 1 BGB, Abgrenzung zum Aufwand für das Kind . .	628
IV.	Anspruchsinhalt nach § 1615l Abs. 2 S. 1, 2 BGB	629
	1. Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Erkrankung . .	629
	2. Unterhalt wegen Betreuung	630
	3. Überobligationsmäßige Erwerbstätigkeit	631
	4. Begriff der kind- sowie elternbezogenen Gründe . . .	631
	a) Zeitliche Dauer des Anspruchs nach § 1615l Abs. 2 S. 3, 4 BGB	631
	b) Verlängerung der Betreuung über das 3. Lebensjahr hinaus	632
	c) Betreuungs- und Erziehungsleistungen nach 3. Lebensjahr des Kindes	634
	5. Weitere Gründe der Verlängerung des Anspruchs, Kosten der Betreuung	634
	6. Verfahrensmäßige Geltendmachung; zeitliche Begrenzung, Beweislast	635
	7. Wiederaufleben eines nach § 1609 Nr. 2 BGB verdrängten Anspruchs	636
	8. Keine kausale Verknüpfung zur Bedürftigkeit	636
	9. Rechtskräftige Feststellung der Vaterschaft, streitige Vaterschaft	637
	a) Einstweilige Anordnung bei streitiger Vaterschaft . .	637
	b) Feststellung der Vaterschaft als Voraussetzung des Unterhaltsanspruchs	637

10. Bedürftigkeit, Konkurrenz zu anderen Unterhaltsansprüchen	638
a) Wegfall der Bedürftigkeit aufgrund eigener Einkünfte	638
b) Minderung der Bedürftigkeit einer verheirateten Mutter aufgrund eines Unterhaltsanspruchs gegen den Ehemann	638
c) Konkurrenzen bei anschließender Eheschließung eines anderen Mannes sowie bei Anspruch auf Familienunterhalt	640
11. Bedarf der Mutter	641
a) Anknüpfung an die Lebensstellung der Unterhaltsberechtigten	641
b) Berücksichtigung einer künftigen Einkommensentwicklung	642
12. Begrenzung des Bedarfs der Mutter auf Halbteilungsgrundsatz, Bedarfsbestimmung bei mehreren Ansprüchen auf Betreuungsunterhalt	643
a) Anpassung durch BGH-Rechtsprechung	643
b) Auswirkungen auf Bedarfsbestimmung bei Konkurrenz der Ansprüche aus § 1570 BGB sowie § 1615I Abs. 2 BGB	643
13. Berücksichtigung eigener Einkünfte der Mutter	644
14. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	644
15. Einstweiliger Rechtsschutz zugunsten der Mutter	645
V. Steuerliche Entlastung – außergewöhnliche Belastung	645
VI. Anspruch auf Mehr- oder Sonderbedarf, Vorsorgeunterhalt	646
VII. Anwendung der Härtefallklauseln nach §§ 1579, 1611 BGB	647
VIII. Vereinbarungen nach § 1585c S. 1 BGB sowie nach § 1614 Abs. 1 BGB	648
IX. Weitere Fragen	648
1. Unterhalt für die Vergangenheit, Verzug, Auskunft, Beweislast, Ersatzhaftung	648
2. Verjährung	649
3. Ersatzhaftung nach § 1615I Abs. 3 S. 2 BGB	649
X. Anspruch des Vaters auf Betreuungsunterhalt nach § 1615I Abs. 4 BGB	650
XI. Beerdigungskosten für die Mutter	650
XII. Tod des Vaters, Tod und Fehlgeburt	650

L. Weitere Regelungsbereiche des nachehelichen Unterhalts ..	651
I. Art der Unterhaltsgewährung – Form der Leistung, Wohnungsüberlassung, Vollstreckungstitel, Abfindung, Unterhalt als Darlehen	651
II. Anspruch auf Sicherheitsleistung	653
III. Unterhalt für die Vergangenheit	653
1. Grundlagen	653
2. Begrenzte Wirkung der Mahnung während der Trennungszeit bis zur rechtskräftigen Scheidung ...	653
3. Wegfall der Verzugswirkungen	653
4. Verzug durch der Mahnung gleichgestellte Maßnahmen	654
5. Zeitliche Begrenzungsregelung nach § 1585b Abs. 3 BGB	654
IV. Verwirkung rückständiger Unterhaltsbeträge wegen illoyal verspäteter Geltendmachung	655
V. Wegfall des Unterhaltsanspruchs bei Wiederheirat und Tod des Berechtigten	655
1. Tod des Berechtigten	655
2. Wiederheirat	656
VI. Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs nach § 1586a BGB	656
1. Zweck der gesetzlichen Regelung	656
2. Auflösung der späteren Ehe	657
3. Voraussetzungen des § 1570 BGB	657
4. Wegfall des Unterhaltsanspruchs aus der späteren Ehe	658
5. Kinder aus verschiedenen Ehen	658
6. Höhe des wieder aufgelebten Unterhaltsanspruchs; Unterhaltstitel aus früherer Ehe	659
7. Keine Anschlussstatbestände nach § 1570 BGB	659
VII. Unterhalt bei Gütergemeinschaft und Leistungsfähigkeit gemäß §§ 1583, 1604 BGB	660
VIII. Tod des Unterhaltspflichtigen	660
1. Zweck der gesetzlichen Regelung des § 1586b BGB ...	660
2. Regelungsbereich – beschränkte Erbenhaftung ...	661
3. Voraussetzungen des Anspruchs	661
4. Begrenzung der Erbenhaftung	662
5. Verfahren	663
6. Der Unterhaltsanspruch gemäß § 1933 S. 3 BGB ...	664
IX. Rückforderung zuviel gezahlten Unterhalts – Überblick ..	664
X. Aufrechnung gegen Unterhaltsforderungen, Überzahlung von Unterhalt; Abtretungsverbot – Überblick	666

M. Umfang der Auskunft- und Belegpflicht im Unterhalt . . .	669
I. Überblick über die materiell-rechtlichen Vorschriften . . .	669
1. § 1605 BGB als übergeordnete Vorschrift für sämtliche Unterhaltsansprüche	669
2. Überblick über die betroffenen Unterhaltsrechtsverhältnisse	669
II. Ergänzende Auskunftspflicht, Verhältnis zur Darlegungspflicht	671
III. Verweigerungsgründe; konkrete Bedarfsbestimmung, Sättigungsgrenze, Ausnahmen	673
IV. Auskunft im Verbund, gegenseitige Auskunftspflicht . . .	674
V. Umfang des Anspruchs aus § 1605 Abs. 1 BGB	675
1. Systematische Aufstellung, ergänzende Auskunft, eigenhändige Auskunft	675
2. Erfüllung des Auskunftsanspruchs bei Teilauskünften	676
3. Auskunft- und Belegpflicht eines Gesellschafter-Geschäftsführers	677
4. Beleganspruch als selbständiger Anspruch, Vollstreckung	677
5. Zeitraum	678
6. Voraussetzungen zur Auskunft über das Vermögen . . .	679
VI. Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, bedingte Antragstellung	680
VII. Stufenmahnung, verfahrensmäßige Umsetzung	680
VIII. Stufenantrag bei nicht bestehendem Leistungsanspruch, unterlassene Bezifferung	681
IX. Zeitliche Eingrenzung der Auskunft- und Belegpflicht . .	682
1. Sperrfrist	682
2. Mehrjährige Erfassung	683
X. Weitere Fragen zur Auskunftspflicht	684
1. Grenzen der Auskunft- und Belegpflicht	684
2. Wert der Beschwer im Auskunftsverfahren	684
3. Übergang des Auskunftsanspruchs auf Sozialhilfeträger	686
XI. Pflicht zur ungefragten Information	686
1. Voraussetzungen der Pflicht zur ungefragten Information	686
2. Sonderfall bei Unterhaltsvereinbarung	687
3. Rechtsprechung des BGH; Rechtsfolgen der Verletzung	688
XII. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht nach §§ 235, 236 FamFG	688

N. Ausgewählte Regelungsbereiche zur Bestimmung des unterhaltsrelevanten Einkommens	691
I. Ergänzende Altersvorsorge bei nichtselbständiger Erwerbstätigkeit	691
1. Regelungsgrund	691
2. Keine bindende Anlageform	692
3. Immobilie als Altersvorsorge	692
4. Anerkennung nur bei tatsächlichen Vorsorgemaßnahmen	692
5. Vorsorgemaßnahme auch für Beamte und Gesellschafter-Geschäftsführer	693
6. Übersteigen der Beitragsbemessungsgrenze	693
II. Vorsorgeaufwendungen bei Selbständigen	694
III. Praktische Umsetzung des steuerlichen Realsplittings nach § 10 Abs. 1a Nr. 1 EStG; unentgeltliche Wohnraumüberlassung	694
IV. Verpflichtung zur Zustimmung zur gemeinsamen Veranlagung zur Einkommenssteuer	696
V. Sachleistungen des Arbeitgebers – Dienstwagen als geldwerter Vorteil	697
VI. Keine Berücksichtigung von Abschreibungen bei Immobilien als Renditeobjekt	699
O. Vereinbarungen im Unterhaltsrecht – Überblick	701
I. Eingeschränkter Grundsatz der Privatautonomie als Grundlage von Vereinbarungen im Bereich des gesetzlichen Unterhalts	701
II. Zulässige Modifikationen des Familien- und Trennungunterhalts, Umgehungsabrede	702
III. Grenzen der Dispositionsfreiheit – Inhaltskontrolle von Eheverträgen	705
1. Grundlagen der Rechtsprechung des BGH zum Kernbereich der Scheidungsfolgen	705
2. Prüfungsfolge zur Inhaltskontrolle – Wirksamkeits- sowie Ausübungskontrolle	706
3. Kriterien der Inhaltskontrolle	707
4. Umfang der Wirksamkeitskontrolle	707
5. Gesamtwürdigung aller Umstände als zentraler Prüfungsmaßstab der BGH-Rechtsprechung	708
6. Grundsatz des Nachteilsausgleichs bei Ausübungskontrolle	710
7. Beweislast	711

8.	Verfahrensfragen – Zwischenfeststellungsantrag zur Prüfung der Wirksamkeit des Ehevertrags	711
9.	Auswirkungen von Ausgleichsleistungen auf die Wirksamkeit eines Ehevertrags	712
10.	Wirksamkeit einer salvatorischen Klausel	712
11.	Weitere Rechtsprechung des BGH zur Inhaltskontrolle zu Unterhaltsvereinbarungen – Überblick	713
12.	Wirksamkeitsprüfung von Scheidungsfolgenvereinbarungen	713
IV.	Sittenwidrigkeit von Eheverträgen	714
V.	Notarielle Form von Vereinbarungen zum nahehelichen Unterhalt	715
	1. Die Regelung des § 1585c S. 2 BGB	715
	2. Weitere Regelungen zur Erfüllung des Formzwangs	716
	3. Formzwang aufgrund anderer Regelungen	717
VI.	Verwandtenunterhalt	717
	1. Kein Formzwang bei Vereinbarungen	717
	2. Inhalt von Vereinbarungen zum Verwandten-, insbesondere Kindesunterhalt	717
	a) Grundlagen	717
	b) Zulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	718
	c) Weitere Fälle zulässiger Vereinbarungen	718
	d) Unzulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	719
	3. Freistellungsvereinbarungen	720
	Stichwortverzeichnis	721